

WSI Mitteilungen

Monatszeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts
in der Hans-Böckler-Stiftung

Wieviel Markt verträgt eine zivile Gesellschaft?

- H. Pfarr: Vom Vordenken, Nachdenken und Querdenken
- U. Engelen-Kefer: Wissenschaft, Gewerkschaften, Staat und Markt
- W.-D. Narr: Markt über alles? Notate wider die verhängnisvolle Lemmings-
Devise der Gegenwart
- W. Sesselmeier/
B. Rürup: Umverteilung versus Beschäftigung? Empirische Befunde –
politische Konsequenzen
- C. Schäfer: Von massiven Verteilungsproblemen heute zu echten Standort-
problemen morgen – Ein Beitrag zur Entmythologisierung der
„Standortdebatte“
- I. Kurz-Scherf: Wenn Arbeit entbehrlich wird – Zur „Krise der Arbeitsgesellschaft“
im „Zeitalter der Globalisierung“
- H. Seifert: Überlegungen zu qualifikationsorientierten Arbeitszeitverkürzungen
- A. B. Pfaff: Wieviel Markt braucht die Sozialpolitik oder wieviel Sozialpolitik
braucht der Markt?
- G. Bäcker: Markt und Sozialpolitik – eine zerrüttete Beziehung?
- G. Färber: Schlanker Staat – Asthmatische Finanzpolitik? Der Modernisierung-
rückstand und die Finanznot öffentlicher Haushalte
- H. Tofaute: Die Finanzpolitik im Spannungsfeld von Haushaltskonsolidierung
und gesamtwirtschaftlicher Verantwortung



K98-1689

50 Jahre WSI
Sonderheft 1997

Bund-Verlag

HWWA-INSTITUT
Bibliothek

K 98
1689



K98-1689

die vergangenen 50 Jahre und wünsche für die Zukunft Glück auf!

Theorie und Empirie haben die Arbeit des Instituts gekennzeichnet, genauso wie die offene Diskussion normativer, ethischer und politischer Fragen. Viele ehemalige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des WSI haben von *Gerhard Weiser* gelernt, daß der Markt nicht zu einer gerechten Verteilung führt – weder national, noch weltweit, wie die Neoklassik unterstellt. Mit wissenschaftlichem und politischem Engagement muß daher an einem Projekt einer gerechten und humanen Gesellschaft weitergearbeitet werden.

Die Hauptströmung der Zeit geht in eine andere Richtung. Die Marktradikalen dominieren in Wissenschaft, Ökonomie und Politik. Hier muß das WSI Gegenpol sein.

Die Aufgabe für die Wissenschaft heißt daher: kritische Analyse auf der Basis der Fakten und ausgewogene Beratung der Politik, die Aufgabe für die Gewerkschaften heißt: wirtschaftliche, soziale und politische Prozesse gestalten und Gegenmacht organisieren.

Markt über alles?

Notate wider die verhängnisvolle Lemmings-Devisen der Gegenwart

Wolf-Dieter Narr

„Wir sind heute alle Kapitalisten“

Bekanntes Slogan, jüngst erneut zitiert vom Economist

„Diese ökonomischen Beziehungen eines Menschen und der Menschen untereinander stellen zugleich mosaikartig Dutzende von verschiedenen Sozialbeziehungen nicht-ökonomischer Art dar; es ist unmöglich, die ökonomischen Beziehungen zu isolieren oder gar zu theoretisieren. Nur die Analyse des Ganzen verspricht einen Einblick in die Handlungs- und Erfahrungswelt dieser Menschen“ (gemeint sind hier die Menschen primitiver Gesellschaften, WDN)

Alfred Bürgin 1993, S. 20

„In the long run, we are all dead“

John Maynard Keynes

In der Tat. Markt über alles. Weltauf, weltab zählt nur eines: die Konkurrenzfähigkeit; der „Standort“ im verbissen strampelnden Pulk der Pedaleure. Dafür werden Gesellschaften und ihre Bürgerinnen und Bürger jahrelang, lebenslang ins Trainingslager geschickt. Arbeits-Bürgerinnen und -Bürger werden sie auch als „Illegale“, soweit sie dafür brauchbar sind. Den sozialen Bürgerstatus verlieren sie sobald, wie sie nicht mehr für solche Praxis tauglich sind. Flexibel und mobil allzeit bereit, zur Elite gehörig dort, wo der „Killerinstinkt“ für den eigenen Aufstieg und das wachsende Wohl des Unternehmens bestens funktionieren, mit dem einer/eine zeitweilig „identifiziert“ sind.

In der Tat. Markt über alles. Die „nationalen Wettbewerbsstaaten“ (Hirsch 1995), die herausragenden „globalen Spieler“, die multi-, wenn nicht transnatio-

nen Unternehmen, auch die Handwerksbetriebe bis hinunter ins „letzte“ Vorstadt-Dorf – alle ohne Ausnahme nehmen mit markanten Machtunterschieden und auf verschiedenen Ebenen am Kampf um die Weltmarktanteile teil. Einem friedlichen Wettstreit, so wird unablässig versichert; einem Wettstreit, in dem jeder eine olympische Chance besitzt; einem Wettstreit, der über kurz *oder* lang allen Menschen dieses konkurrenzbestimmten Planeten wachsendes Glück verheißt.

In der Tat. Markt über alles. Der globale Mechanismus, genannt Weltmarkt, der durch ein unübersehbares Gewirr von Märkten höchst unterschiedlich zu der Myriadenfülle weltweiter Lokalitäten vermittelt wird –, dieser wunderbare Mechanismus sorgt ohne aktives politisch-gesellschaftliches Handeln „like magic“ für eine weltweit einheitliche Orientierung. Als Resultante innovativ gespitzter Konkurrenz. Diese wird dadurch ermöglicht, daß alle „dem“ Interesse schlechthin, „der“ Rationalität aller Rationalitäten folgen: dem, was man Privatinteresse nennt. *Kant* hat dasselbe als die verallgemeinert individualisierte „Begierde zum Haben und auch zum Herr-

Gliederung

1. „Der“ Markt als soziale Einrichtung, als Modell und als wirksame Ideologie
2. Im Zeichen der Niemandsherrschaft „Weltmarkt“
3. (Welt-)Markt ohne Alternative? Gibt es ein Lebens jenseits des Markts?

Prof. Dr. Wolf-Dieter Narr lehrt Politische Wissenschaft an der FU Berlin.

schen“ bezeichnet. Eine Begierde ohne Grenzen. Getrieben von den zusätzlichen Ängsten, zu verlieren, hinter die anderen zurückzufallen. Eine Begierde, die die „ungesellige Geselligkeit“ konstituiert, also Gesellschaft im sozial verbindlichen Sinne immer zur „ärgerlichen Tatsache“ macht.

In der Tat. Markt über alles. Er gilt nicht als Einrichtung neben anderen gesellschaftlichen Einrichtungen, mit deren Hilfe bestimmte Ziele möglichst besser als mit Hilfe anderer erreicht werden sollen. Er muß nicht infolge veränderter Probleme anders institutionalisiert werden.

Er ist die übergesellschaftliche von allgemeinen Gesetzen unabdingbar durchwirkte Institution schlechthin. Darum schreibt diese Institution gesetzesförmig allen Gesellschaften und ihrer Politik weltweit vor: was sie in ihrem eigenen rationalen Interesse zu tun und vor allem was sie zu lassen haben.

In diesem Sinne ist der Markt eine „totale“, genauer eine totalisierend gleichschaltende Institution, die alle anderen gesellschaftlichen Institutionen, Ziele und Interessen nach ihrer Logik durchdringen oder in sich aufheben soll. Diese Botschaft verkünden nicht nur die unmittelbaren „Marktführer“, die großen und kleinen Unternehmen samt den ihnen heute fast proskynetisch (zu deutsch: hundegleich, anhündelnd) ergebenden Politikern. Diese Botschaft formulieren 99,99 Prozent aller Wirtschaftswissenschaftler als die einzige Wahrheit. Sie können in diesem Sinne Marktwissenschaftler, ja Markttheologen genannt werden. Der Markt wird zum Demiurgen in des griechischen Wortes doppelter Bedeutung: Ein versachlichter „Diener der Allgemeinheit“ und ein Weltschöpfer, als Schöpfer der Allgemeinheit. Und seine Priesterinnen und Priester: die neoklassischen Ökonomen diverser Akzente.

Warum sollte man diesen wundersamen Mechanismus der optimalen Wahrheitsherrschaft in Frage stellen? Warum bildet das Fragezeichen einen hauptsächlichen Aspekt des mir gestellten Themas?

Das Fragezeichen ist nicht allein um des allemal angezeigten methodischen Zweifels willen angebracht. Es erwächst vor allem aus der Fülle negativer Effekte des Marktmechanismus, die nicht als „marktexterne“ abgetan werden können, daß dem schönen Marktmodell in der schlechten Wirklichkeit übel mitgespielt worden sei. Freilich, der „Modellplatoniker“ sind viele (Albert 1967). Manchmal wollen sie den Markttugenden notfalls auch durch Pinochet'schen Schrecken zur wirksamen Wahrheit verhelfen. Es sind indes nicht allein die Effekte, die das Fragezeichen begründen. Es sind vor allem die nicht aufgedeckten Voraussetzungen, die dem globalen „Super Mario“ Markt mit mißtrauisch dedektivischen Blick begegnen lassen. Was verbirgt sich hinter seiner sakrosankt erklärten Maske?

Diese in der Regel unaufgedeckten Voraussetzungen und diese üblicherweise der Politik oder anderen „irrationalen“ Mächten unterschobenen Folgen veranlassen dazu nachzufragen, was „der“ Markt „eigentlich“ sei, welche Hebel seinen Mechanismus ausmachen und unter welchen Voraussetzungen diese Hebel zu welchen Zwecken funktionieren. Sollte sich herausstellen, daß das, was vorherrschend unter „Markt“ verstanden wird, ein höchst voraussetzungsreiches, mit spezifischen Interessen verbundenes Konstrukt mit begrenzter Wirkung und beschränkter Haftung darstellt, dann eilt die zusätzliche Frage herbei, wie mit dem „Markt“ unter sich verändernden Bedingungen je nach Ziel zu verfahren sei. Müßte nicht die negative Vergesellschaftung qua a-sozial gefaßtem totalisiertem Markt umgekehrt werden, dem gegenwärtig der gesamte politische Bereich unterworfen wird? Als gäbe es nur noch eine Produktionsform. In Richtung einer Gesellschaft und ihrer Politik, die den folgerichtig eingeschränkten und als Mittel eingesetzten Markt ihren Zielen gemäß eingrenzte, hegte und benutzte?

Diesen Fragen entsprechend habe ich den Vortrag aufgebaut. Zuerst wird nach den – sich wandelnden – Eigenschaften des Marktes und seinen sich entsprechend verändernden Funktionen gefragt. Danach überlege ich, indem ich auf vormoderne Traditionen zurückgreife und sozialistisch-radikaldemokratische Kritik an der kapitalistischen Marktökonomie erinere, ob und wie marktförmige Regulierungsformen politisch aufgehoben werden könnten, das heißt aufbewahrt, jedoch ihrer rücksichtslosen, gesellschaftlich zerstörerischen Durchdringungskraft beraubt.

1. „Der“ Markt als soziale Einrichtung, als Modell und als wirksame Ideologie

(1) Märkte haben eine lange Geschichte. Sie besaßen früh vielfältige Formen. Wichtig an all den marktförmigen Einrichtungen ist, daß sie nie politisch entkoppelte Einrichtungen eigensinniger „Automatik“ darstellten – ob es sich um politische bzw. religiöse Plätze und oder um Orte des zuerst naturalen, dann geldunterstützten Austauschs oder um schon internationale Handelsketten und ihre Plätze handelte. So sehr sie einer eigenen „Marktlogik“ mit strengen Regeln wie in mittelalterlichen Städten gehorchen mochten, gerade diese Regeln garantierten, daß gemäß einem Ausdruck *Alfred Bürgins*, den er auf die griechische Polis bezog, die politische Zentripedalkraft unfraglich gegeben war.

Markt also war eine soziale Einrichtung zu spezifischen moralisch-politisch gerichteten Zwecken, ein Teil der sehr unterschiedlichen politischen und auch schon ökonomischen „Systeme“ im weitesten Sinne. In diesem Sinne handelte es sich selbst bei den Fernmärkten um höchst konkrete und nur einzelne Momente gesellschaftlichen Handelns eigenartig regulie-

rende Orte mehr oder minder unmittelbaren Tauschs. Sie wurden von den gegebenen politisch gesellschaftlichen Bedingungen bestimmt; sie bestimmten diese Bedingungen jedoch nicht ihrerseits. Märkte dieser in den gesamtgesellschaftlich alltäglichen Ablauf eingebundenen Inseln und Segmente hat es in Deutschland noch bis zur schier restlosen Durchkapitalisierung aller erheblichen Produktionsbereiche und Branchen gegeben, lange noch in ländlichen Regionen. Solche Märkte existieren jetzt von der allumfassenden Ökonomie entkoppelt, oder ihr als unterstes, gelegentlich benutztes Vermittlungsglied von Waren angehängt, in Flohmärkten, Weihnachtsmärkten, Wochenmärkten und dergleichen mehr fort.

(2) Erst in der Umbruchszeit zur Moderne entstand allmählich als zentraler Mechanismus der neuen kapitalistischen Ökonomie: der Markt. Als gesellschaftlich entkoppelte, seinerseits Gesellschaft und Politik in Dienst nehmende Institution ohne verfaßte Prozeduren.

Wie voraussetzungsvoll und folgenreich diese gesellschaftliche, von ihren gesellschaftlichen Propagandea und Betreibern mehr und mehr gesellschaftsenthoben behauptete Erfindung gewesen und geblieben ist, hat *Karl Polanyi* in seiner „Great Transformation“ plastisch herausgearbeitet (Polanyi 1957, S. 68 ff.). Durchgesetzt nicht zuletzt mit staatlichen Zwangsmitteln, mit deren Hilfe der gesellschaftliche Raum gleichsam freigefegt worden ist, zeichnete sich der neue Markt – idealtypisch gesprochen – durch folgende Merkmale aus:

- daß die Ökonomie allein durch den Markt reguliert, dirigiert und kontrolliert werden sollte;
- daß die staatsweit etablierte neue ökonomische Produktionsform alle anderen Produktionsformen zu beseitigen ausging;
- daß darauf ausgegangen wurde, die gesamte Gesellschaft als Marktgesellschaft einzurichten;
- daß entsprechend die von alten Abhängigkeiten und aus alten Bindungen „befreiten“ Individuen auf die Interessen der neuen Ökonomie auszurichten und also ihre eigenen Interessen aufzufassen seien. So wurde „Rationalität“, so wurde (rationales) Interesse gefaßt;
- daß der von der Gesellschaft und ihrer „Moral“ emanzipierten Ökonomie der Staat und sein Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit als insgesamt herrschaftsvolle, ökonomisch jedoch nachwächterische Einrichtung zuzuarbeiten habe;
- daß konsequenterweise nur der Staat und seine Einrichtungen verantwortlich-kontrolloffen zu verfassen seien, während die Ökonomie ihrer eigendynamischen Rationalitätslogik überlassen werden könne (Hirschman 1984);

– daß all diese Merkmale dynamisch dadurch zusammengehalten würden, daß prinzipiell alle gesellschaftlichen Güter und Vorgänge zu Waren werden, die ihrerseits zwar nicht um ihrer selbst willen, jedoch um willen fortzeugenden Profits erzeugt werden (Marx’ „Hunger nach Mehrwert“) in der Konkurrenz zum Rest der aus homines oeconomici zusammengesetzten Gesellschaft.

(3) Erst wenn man von kapitalistischer Marktvergesellschaftung spricht – einem Oxymoron, einem dauernden Widerspruch in sich selber –, darf man im Zusammenhang der sich über die Jahrhunderte der Moderne nach innen und nach außen imperial ausbreitenden Produktionsform und ihrer hauptsächlichlichen Institutionen und Hebel von „Markt“ sprechen. Dieser moderne kapitalistische Markt hat mit den Märkten früherer Gesellungen und ihrer (Re-)Produktionsformen, ihrer „moralischen Ökonomie“ (*E. P. Thompson*), nur noch die fünf Buchstaben gemein. Die Bedeutung des Worts und seine in der Regel höchst abstrakte Erscheinungsweise haben sich qualitativ geändert. Die genuin kapitalistisch abstrakte Marktvergesellschaftung und all die „rational“ befördernden Effekte, die man dem Markt als jeweiliges „Fließgleichgewicht“ der konkurrierenden Unternehmen zuschreibt (oder auch der konkurrierenden Arbeiterinnen und Arbeiter – da auch das Nichtvermarktbar vermarktet wird), leben freilich legitimatorisch nach wie vor von einer Marktrealität, die längst nicht mehr von dieser durchkapitalisierten Welt ist.

Gerade weil der kapitalistische Markt (den ich hinfort, wenn ich nicht das Beiwort benutze, in Anführungszeichen setzen werde) alles andere als eine kontinuierliche Fortsetzung der früheren gesellschaftlichen Teilmärkte darstellt, ist er nicht nur alles andere als „natürlich“ oder interessenlos-a-sozial-gesetzlich; er mußte vielmehr in einem jahrhundertelangen sozialen Disziplinierungsprozeß durchgesetzt werden; und muß dies immer erneut – trotz erheblicher Verinnerlichung und ihm in der Vergesellschaftung entsprechender politischer und kultureller Produktionsformen. Anders wären der enorme propagandistische und präventiv repressive Aufwand in längst durchkapitalisierten und also entwickelten westlichen Gesellschaften nicht verständlich. Und beide Aufwände nehmen nicht ab, sondern just im Zeichen des Neoliberalismus zu. Leider hat *Norbert Elias* und haben viele mit ihm diese enorme soziale Disziplinierung auch im Sinne einer von außen vorgegebenen Verinnerlichung höchst voraussetzungsvoller und widersprüchlicher Selbst- oder Privatinteressen der vereinzelt „Wirtschaftsbürger“ im auch darum so prekären und ambivalenten „Prozeß der Zivilisation“ nicht eigens behandelt (die frühe, wie üblich glänzende Ausnahme ist u. a. *Max Weber*).

(4) Der „Markt“ ist jedoch nicht nur von machtvollen politischen und ökonomischen Interessen, die sich

die groben und die feinen Unterschiede zunutze machten, durchgepaukt worden, der „Markt“ hat von allem modernen Anfang an seine mächtigen intellektuellen Helfer gehabt. Diese Helfer waren seit dem 17. Jahrhundert führend dabei tätig, die „Marktökonomie und (ihre) Entscheidungslogik“ (Albert 1967) als quasinatürlichen Automatismus zu begründen, tief verankert in der Natur des Menschen und seiner Vervollkommung (vgl. neben Hobbes, Locke und den vielen anderen – siehe dazu C. B. MacPherson 1976 – auch Immanuel Kants farbig geschriebene Schrift „Zu einer allgemeinen Geschichte der Menschheit in weltbürgerlicher Absicht“).

Waren die Frühliberalen und Aufklärer indes wie nicht zuletzt *Adam Smith* vor allem auch moralphilosophisch „gesamtgesellschaftlich“ interessiert entgegen aller Absolutsetzung eines „rein ökonomischen“ „Marktes“, haben sich im Zuge der Professionalisierung der Ökonomie als Wissenschaft, die wiederum mit dem voranschreitenden Durchkapitalisierungsprozeß zusammenzusehen ist, „die Ökonomen“ und ihre Lehre – zunächst noch als Nationalökonomien oder Volkswirtschaftslehren – von allem gesellschaftlichen „Unrat“ und aller politischen „Irrationalität“ dem Anscheine nach befreit. Also sind sie in diversen Akzenten und vielen „Schulen“ „Neoklassiker“ geworden.

Durch diese Neoklassik, deren Anfänge ins letzte Jahrhundert zurückreichen, wurde der „Markt“ zum „Modell“ transformiert und wurde das gereinigte „Modell“ zur „eigentlichen Wirklichkeit“ erhoben. Deshalb wurde und wird konsequenterweise vom Modell her in zwischenzeitlich imponierend mathematisierten Gleichungen deduziert, was in praktischer Ökonomie der Fall sein müßte, träten nicht Störfaktoren auf, die deshalb möglichst vermieden bzw. beseitigt werden müßten. Hierbei ist nicht zu kritisieren, daß Modelle konstruiert werden; ebensowenig, daß Modelle hochgradig abstrakt verfertigt werden, etwa mit Hilfe der bekannten Klauseln: *ceteris paribus*, *rebus sic stantibus*, unter den bestehenden bzw. im Modell angenommenen Bedingungen, und mit Hilfe modelltheoretisch perfekter Gegebenheiten, etwa eines vollkommenen „Marktes“. Modelle solcher Art können gerade für hochkomplexe und ansonsten allein schon quantitativ unüberschaubare Zusammenhänge heuristisch äußerst nützlich sein; d. h. zum Auffinden von Problemen, zum Phantasieren von Problemlösungen.

Hart kritisiert werden müssen solche Modelle aus zweierlei beim ökonomischen „Modellplatonismus“ (Albert 1967) nahezu durchgängig gegebenen Gründen. Zum einen: die ökonomischen „Markt“-Modellbauer versäumen es geradezu systematisch, ihre Prämissen anzugeben und zu diskutieren. Als da sind die individualistische Fiktion (als seien alle Individuen

fertig gegeben und chancengleich); die Fiktion der einen unteilbaren „Rationalität“ i. S. kapitalistisch gezimmerten Selbstinteresses; die Fiktion einer gesellschaftsfreien Ökonomie ohne Machtmotive; die Fiktion eines institutionenfreien „Marktes“ geradezu immaterieller Funktionen trotz seiner angeblich weltweiten Wirksamkeit; die darin enthaltene Fiktion einer immateriell herrschaftsfreien ökonomischen Konkurrenz verbunden mit der Fiktion, deren innovative und produktive Effekte seien kostenfrei und ohne unvermeidliche Dauerproduktion von Ungleichheit zu haben; m.a.W. die Fiktion eines klassenfreien Effekts des höchst klassenförmig installierten Kapitalismus und seines „Marktes“. Hinzu kommen die Fiktion eines prinzipiell immer gleichen „Marktes“, funktioniere derselbe lokal, regional, national oder nun global; die Fiktion, als seien eine nationale und globale „Markt“-Vergesellschaftung möglich ohne dauernden und unvermeidlich gekoppelten sozialen Raubbau und Raubbau an natürlichen Ressourcen.

Der andere Grund prinzipieller Kritik an der Modellbaukunst der ökonomischen Ingenieure besteht darin, daß sie immer erneut einen nicht aufgedeckten Ebenenwechsel vollziehen. Sie springen von ihren Modellen, als könnten diese Modelle ohne weiteres zum Bezugsrahmen analytisch begründeter Urteile werden, unmittelbar in ihrerseits meist höchst isoliert und voraussetzungsreich erhobene empirische „Daten“. Diese Daten stellen deshalb immer schon sehr unzuverlässige und in dem für sie benutzten Interpretationskonzept sehr fragwürdige (gerichtete) Informationen dar (man denke nur an die höchst voraussetzungsreich einseitigen und hoch abstrakten Berechnungsgrößen, angefangen mit dem Bruttosozialprodukt).

Diese angewandte Modellabstraktion zeitigt nicht nur von Chile (1974) bis Moskau (1990), handele es sich um die Chicago- oder die Harvard-Boys, höchst desaströse Folgen; sie hat nicht nur den Hunger und die Hungerkriege in der Welt quer durch die sog. Entwicklungsdekaden qua „Modernisierungstheorie“ vermehrt; diese angewandte Abstraktion läßt sich unter keinem noch so minimalen Wissenschaftsbegriff als wissenschaftlich ausgeben. Die Minimalbedingung aller Wissenschaftlichkeit besteht in *Leibnitz'* Postulat, es müsse *distincte et clare* argumentiert werden; anders: es muß das eigene Verfahren der „Wirklichkeitswahrnehmung“ wenigstens explizit gemacht werden. Die Feststellung *Bürgins*, die Neoklassik habe der „Enthistorisierung, Enthumanisierung und Entgesellschaftung“ der Wirtschaftswissenschaften – und *nota bene* nicht nur derselben – „Tür und Tor“ geöffnet, ist schlüssig.

(5) Die Wirtschaftswissenschaften könnten mit ihren hohen Abstraktionen keine solchen praktisch wirksamen „Kapitalogen“ sein, entsprächen ihren Kon-

struktionen und deren herrschaftlicher Umsetzung nicht „wirkliche“ Interessen – das, was Kant und viele andere bis heute dazu verführt hat, deren „Natürlichkeit“ zu unterstellen. Dementsprechend wären ökonomische (Natur-)Gesetze möglich, Wirtschaftswissenschaft als Physik der Ökonomie, eine Physik im Vor-Einsteinschen Zeitalter.

Die „Markt“-Vergesellschaftung war und ist vielmehr in einem geschichtswendenden Maße zuerst vom „Westen“ aus in alle weiteren Himmelsrichtungen des Globus erfolgreich vorgedrungen. Dieser Erfolg wurde freilich zunächst mit harten militärisch-kolonialistischen Bandagen bis hin zur Ausrottung entgegenstehender Gruppierungen und ihrer Traditionen erstritten. Das besitzindividualistisch eingetrimmte und gefutterte Interesse hat sich in einem solchen Maße verbreitet und andere Gewohnheiten und Bedürfnisse an den Rand gedrängt, daß die Annahme nahegelegt wird, es entspreche „natürlichen“ Bedürfnissen. Erst jüngst hat mir ein befreundeter China-korrespondent – wohlbemerkt: einer, der des Chinesischen mächtig ist – anschaulich und eindrücklich geschildert, daß vor allem die jüngeren Leute rund um das treibhausartig expansive Kanton allein an westlich-kapitalistischen Werten ausgerichtet zu sein schienen, was immer die jahrtausendealte konfuzianische Tradition ansonsten noch bewirken mag. Mitemsam dieser habituellen Verschiebung und Zuspitzung in Richtung eines Interesses ist es mit Hilfe des damit gekoppelten Konkurrenzmechanismus gelungen – auf dem Untergrund bestehender oder sogleich geschaffener struktureller sozialer Unterschiede –, eine unendlich erscheinende Geschichte immer neuer Produkte (Waren) und immer neuer Bedürfnisse in Gang zu setzen. Schon *Marx* war unbeschadet all seiner Kritik davon fasziniert (vgl. die einschlägigen Passagen vor allem in den Grundrissen). Die hochgradig voraussetzungs- und kostenreiche Freisetzung des „Marktes“ und die Konzentration auf seine exklusive Logik haben Innovationen und ihnen erneut folgende Expansionen zur Folge gehabt, die auch das Leben und Bewußtsein der Kritiker bestimmen. Sie sind heute schlechterdings nicht mehr wegzudenken. Es gibt kein außerkapitalistisches Denken mehr in dem Sinne, daß man die umfassende Wirkungsmacht des Kapitalismus vergessen könnte. Hinzu kommt, daß ein Zurück zu früheren ökonomischen Formen in einer Welt, die bald von sechs Milliarden Menschen bevölkert ist, ausgeschlossen ist. So sehr die „Grenzen des Wachstums“ einerseits gegeben sind, so wenig kann in einer Fülle von Bereichen und Gebieten auf weiteres Wachstum verzichtet werden – ganz jenseits kapitalistischer Kalküle.

Das große Dennoch bleibt. Immer nur die wachsende Sonnenseite zu thematisieren, die damit notwendig verbundene Schattenseite aber aus dem Spiel zu lassen, ist intellektuell und politisch schuldhaft. So zu tun, als funktioniere die Konkurrenz- und Profit-

ökonomie, wenn man sie nur sich selbst überlasse, nahezu voraussetzungslos und erzeuge schlimmstenfalls vorübergehende Engpässe, ist gleichfalls hochinteressierte Scharlatanerie. Das, was als „Markt“-Wirtschaft unablässig präsentiert wird, ist bestenfalls in jeder Hinsicht ambivalent; es ist aufs engste gekoppelt mit herrschenden Interessen, und mit dem Interesse an Herrschaft trete letztere auch weithin als eine Art „Niemandherrschaft“ à la Weltmarkt auf. Wer hätte schon an die Amtstür des letzteren klopfen können. Die „Grenzen des Wettbewerbs“ (Die Gruppe von Lissabon, 1997) sind also, auch wenn man „Markt“-immanent verbleibt, längst überdeutlich. Dennoch werden Tag für Tag in der Kathedrale des „Markts“ Messen um Messen zelebriert. Die gläubig interessierten Politiker besuchen dieselben und schlagen ihre Kreuze. In diesen Messen wird mit der Aura der Wahrheit und dem character indelebilis des Priesters verkündet, an allen Problemen sei nur schuld, daß „vom Leitbild des Wettbewerbs“ abgewichen worden sei (vgl. prototypisch Carl Christian von Weizsäcker 1996).

2. Im Zeichen der Niemandherrschaft „Weltmarkt“

Odysseus Heimkehr von Troja war umständlich. Er geriet in viele gefährvollen Fallen. Seine List erlaubte es ihm meist, ihnen zu entinnen.

Einmal wurde er von einem Riesen gefangen, dem einäugigen Zyklopen Polyphem. Der zerrte ihn in seine Höhle und hielt ihn dort gefangen. Nebenbei fragte er ihn, wie er heiße. Odysseus antwortete: sein Name laute „Niemand“. Als es Odysseus gelungen war, festgekrallt an den Bauch eines alten Widders, aus der Höhle Polyphems zu entfliehen, rief letzterer, sobald er die Flucht bemerkt hatte, seine umwohnenden Genossen zu Hilfe. Wen suchst du denn, fragten dieselben hilfebeflissen? „Niemand“, erwiderte Polyphem, indem er seinen Freunden den namentlichen Nichtnamen weitersagte, den Odysseus ihm genannt hatte. Wie sollten sie ihm nun helfen, Odysseus zu finden, da sie doch „Niemand“ zu suchen hatten? Also hat Odysseus den etwas töricht einäugigen Polyphem geschlagen, indem er ihm die Fähigkeit entzog, anderen mitzuteilen, wen er suchte. Er hatte keinen Namen, keinen Begriff.

(1) Das Uding, fast kein sterblicher Gott mehr, wie *Thomas Hobbes* den Leviathan Staat ausgab, das man als Weltmarkt bezeichnet, ist eine alte, jedoch frisch gehäutete Figur der Geschichte.

Der Weltmarkt, die Expansion bis an unüberschreitbare Grenzen, ist dem Begriff des Kapitals immanent. *Karl Marx* faßte denselben. Mit weltweiten Expansionen, weltweitem Raub und weltweiten Handelsbeziehungen hebt die Geschichte des kapitalistischen „Weltsystems“ an (*Immanuel Wallerstein*). Ihr korrespondiert die Geschichte des modernen

Staats als Staatengeschichte im imperial ausgreifenden Sinne. Die innen- und außengerichtete Ausdehnung kapitalistischer Produktion mit dem Vorrenner England seit dem 18., kräftig zulegend quer durchs 19. Jahrhundert, die die Konkurrenz zwischen den europäisch-angelsächsischen Staaten vor dem Ersten Weltkrieg massiv anheizte – und eine erhebliche Bedingung dieses Krieges gewesen ist –, hat schon zu einem beträchtlichen Umfang von Direktinvestitionen durch die führenden Nationalstaaten und ihre Nationalökonomien geführt. Die FDI (die Foreign Direct Investments) stellen einen wichtigen Indikator des Grads der erreichten Globalität und der fortgesetzten Globalisierung dar (freilich: das was Direktinvestitionen genau sind, ist umstritten; die zur Verfügung stehenden Daten sind alles andere als zuverlässig; ob die FDI allein ohne Kontext und ohne ihre unterschiedliche dynamische Bedeutung in demselben interpretiert werden können, ist alles andere als erwiesen). Auch der internationale Handel hat vor dem Ersten Weltkrieg beträchtliche Ausmaße erreicht, etwa gemessen am Anteil am BSP.

Dennoch bedeutet die Globalisierung heute als weitweite ökonomische, soziale und politische Tatsache mehr als auf dem höchsten Verdichtungspunkt zuvor: 1914. Sie hat seit 1945, zuerst unter eindeutiger us-amerikanischer Vorherrschaft, mit einem weiteren Schub nach der Aufkündigung eines Teils der Bretton Woods-Vereinbarungen durch die Nixon-Administration mit der Folge, daß der Dollar nicht mehr die Weltwährung schlechthin darstellte, geschoben vom „Ölschock“ 1973/74, getrieben durch Veränderungen der „fordistischen“ Regulierungsform in den 70er und 80er Jahren und schließlich mit riesigem „Landgewinn“ nach dem Zusammenbruch des „realen Sozialismus“ neue Dimensionen und Qualitäten erhalten. Folgende Merkmale sind dafür einschlägig:

- der Einbezug prinzipiell aller Länder der Welt in den Mechanismus des „Marktes“. Frei nach *Orwell* gilt allerdings: manche Staaten, ja ganze Erdteile sind „globaler“ als die anderen;
- die bewohnte Erde ist also zu einer – vielfach zerklüfteten – ökonomischen Einheit geworden. Das aber heißt prinzipiell, daß zum einen die Konkurrenz um neue Anlageräume, um die am meisten profitable Form der Produktion, um Absatzmärkte u.ä.m. sich nicht mehr nach außen richten kann, sondern sich nach innen kehren muß. Dieser Umstand stellt eine qualitative Differenz zu den Imperialismustheorien der letzten Jahrhundertwende dar. Darum sind beschleunigte Innovationen so zentral und hat die Devise des „laissez innover“ die des „laissez aller“ wenn nicht abgelöst, so doch in sich aufgehoben. Die verschärfte Konkurrenz nach „welt-innen“ wird – zum anderen – dadurch verstärkt, daß es sehr viel mehr „globale Spieler“,

Multinationale Unternehmen und Staaten gibt, die sich branchenspezifisch und branchenhierarchisch um die jeweiligen Anteile und die Positionen inmitten des konkurrierenden Pulks streiten;

- die Verstärkung der Machtunterschiede und der darin beschlossenen Möglichkeiten durch die gewachsenen Größenordnungen. Der Weltmarkt ist kein etwas vergrößerter nationaler Markt. Der Weltmarkt bedeutet den Umschlag von gewachsener Extension und Quantität in Intensität und Qualität. Wer auf dem Weltmarkt, der weitesten möglichen Ebene, präsent sein will/muß, muß sich durch eine entsprechende Größenordnung, die Ressourcen und die Fähigkeit eines multinationalen, wenn nicht transnationalen Managements auszeichnen. Darum gilt nicht erst neuerdings: „Konzerne im Wachstumsfieber“. Diese Feststellung verbindet der Leitartikler der FAZ, *Jürgen Dunsch*, mit der zusätzlichen: „Ob wir wollen oder nicht, wir müssen uns an Riesenunternehmen gewöhnen“ (FAZ vom 12. 7. 1997). Wohlgermerkt: ein starkes Motiv auf dem Weg zur EU. Der räumlich abstrakte Weltmarkt, auf dem mit Hilfe der Informationstechnologie Gleichzeitigkeit hergestellt wird, macht die territorial gebundenen Nationalstaaten jedoch nicht irrelevant. Sie werden im Rahmen der verschärften Konkurrenz teilweise sogar wichtiger. Er verändert allerdings die nationalstaatlich eigensinnige Gestaltungsmöglichkeit und reduziert insofern Politik;
- die nationalstaatlichen und nationalökonomischen Organisationsformen und deren Funktionen sind nicht überholt. Sie reichen jedoch nicht mehr aus. Trotz der Fülle der übernationalen Organisationen, die meist von den führenden Staaten als ihren Mitgliedern dominiert werden – von der World Trade Organisation über die Weltbank bis zur UNO und der Fülle ihrer Konnexinstitute –, gibt es zum Weltmarkt kein Pendant verfaßter Politik. Der Weltmarkt selber, so man nicht – meist zutreffender – von diversen Weltmärkten reden sollte, ist seinerseits die bekannte institutionalisierte Nichtinstitution (Narr/Schubert 1997; Altvater/Mahnkopf 1996). Er stellt – wie kapitalistische Märkte allemal – die quecksilbrige Resultante der Konkurrenz dar, die sich in machtvoller Konzentration von unten nach oben verschiebt. Umgekehrt verläuft die definitionsmächtige Richtung von weltmarktoben nach lokal unten. Der Weltmarkt wird von Unternehmen, Staaten, Wissenschaftlern und diversen Institutionen scharfäugig begleitet. „Er“, dieser Weltmarkt, ist jedoch nicht in seinen Institutionen und Prozeduren berechenbar, direkt beeinflussbar und verantwortlich kontrollierbar zu fassen. Seine „Fassungslosigkeit“ hat zur Folge, daß auch die ausgebufftesten Unternehmen trotz täglich durch Kaizen und andere Mittel betätigter Kreativität, trotz hochvermögendem

Managements weithin mit der Stange im Prognosebel herumfuchteln. Sie können „strategisch“ massiv irren und verhalten sich innovationsmodisch. – Im übrigen: man trägt gegenwärtig ein japanisch-amerikanisch schraffiertes Kleid –. Die Beratungsfirmen mit ihrerseits modischen Ratschlägen blühen auf dem Sumpf massiver Unge-
 wißheit. „Lean“ lautet das aktuelle Zauberwort noch (!) immer. Nur: niemand weiß genau, wo wie wann jeweils am besten eingespart werden sollte; worauf sich die Forschungs-, die Entwicklungs- und die investiven Mittel konzentrieren sollten. Die Kurzfristigkeit der Perspektiven ist der Politik analog eingebaut. Darum bleibt alles Zukunftsversprechen im Zeichen des „Prinzips Verantwortung“ eben „prinzipiell“ sehr verquast.

(2) Weltmarkt und die globalisierend exklusiven Zufahrtsrennbahnen als Ideologie.

Wie könnte dies anders sein, wenn die Konkurrenz so toll rumort, wenn so viele unterschiedliche und verschieden mächtige Interessen weltweit daran teilnehmen; wenn zur Konkurrenz selbstverständlich die diversen Wirklichkeitsbilder, die meist unausgewiesenen gesellschaftlichen Vorstellungen und monistisch behaupteten Rationalitätskonzeptionen gehören; wenn nicht zuletzt die massiven Ungleichheiten zwischen den gesellschaftlichen Gruppen in den Staaten und zwischen ihnen gerechtfertigt werden müssen. Dann hat es seine Zeit, daß der Kampf um die geltenden Formeln der Macht sich gleichfalls verschärfe und kein Argument dumm genug ist, wenn es fürs „Akzeptanzmanagement“ tauglich scheint. Und etablierte Politik geht über solches Akzeptanzmanagement, solches Einholen von Zustimmung zu angeblich unveränderlichen wirtschaftlichen Sachzwängen meist kaum hinaus. Darum müssen alle Argumente – vor allem solche wirtschaftswissenschaftlich behauener Art – wie schwere Steine immer erneut umgedreht werden um herauszufinden, welche Maueraseln von Interessen sich unter ihnen verbergen und welche anderen Bedürfnisse durch sie totgedrückt werden.

Der Köcher des „Sachzwangs Weltmarkt“ (Altva-
 ter 1987) ist mit ideologisch gespitzten Pfeilen voll bespickt. Einige von ihnen will ich cursorisch nennen, nicht im einzelnen auseinandernehmen:

- die Behauptung, die Globalisierung stelle eine einheitliche und eindeutig faßbare Richtung dar. Tatsächlich läßt sich Globalisierung korrekter als eine „Tendenz“ bezeichnen, für die *Hegels* Bemerkung zutrifft: von Tendenz zu reden, verrate immer eine Form des Nichtwissens. Globalisierung ereignet sich branchenspezifisch sehr unterschiedlich und äußert sich auf dem Globus höchst ungleich. Deswegen spricht man auch von einer Triadenökonomie – nordamerikanisch-mexianischer Block, Europäische Union, Japan-zentrierter Block

- , ohne daß damit schon die organisierenden Zentren der Weltökonomie bezeichnet wären;

- die Behauptung, das, was Globalisierung für die einzelnen Unternehmen bedeute und vor allem für die nationalstaatliche Innenpolitik, lasse sich relativ genau in Maßnahmen übersetzen, die die Position im Rahmen der Konkurrenz förderten. Zwar weiß man z. B. vergleichsweise sicher, daß die Qualität der Ausbildung weltweit eine wichtige Rolle spielt. Nur: welche Quantität und welche Qualität diese Qualität besitzen soll, ist alles andere als bekannt. Hier dominieren bestimmte Interessen und ihre Werte;
- die Behauptung, der Raum spiele gar keine Rolle mehr. Jedes größere Unternehmen könne transnationalen Voluntarismus betreiben und entsprechend von heute auf morgen entscheiden, ob es Werk X nach Ort Y verlagern solle u.ä.m. Selbst für sog. virtuelle Unternehmen läßt sich das Gegenteil belegen. Gerade die weltweit verdichtete Konkurrenz macht Räume, die ob ihrer sozialen Qualitäten zu unterscheiden sind, wichtiger denn je. Der globalisierenden Enträumlichung korrespondiert also eine verstärkte Verräumlichung (samt der damit verbundenen verstärkten Ungleichheit zwischen den Regionen);
- die Behauptung, der Nationalstaat spiele auf dem Weltmarkt eine vernachlässigbare Rolle. Richtig ist, daß sich, wie oben angetippt, die Gestaltungsmöglichkeiten der territorial bornierten Staaten verändert haben; falsch wird diese Beobachtung jedoch, wenn sie die Bedeutung der Nationalstaaten für einen Großteil nach wie vor „ihrer“ Konzerne unterschätzen macht und außerdem zu der Annahme verführt, die Herrschaftsbedeutung der darin qualitativ verschiedenen Nationalstaaten sei auf dem Weltmarkt nicht mit ausschlaggebend. Die Definitionsmacht der kapitalistisch, militärisch, „modernistisch“ herausragenden Nationalstaaten ist auch gegenwärtig kaum zu überschätzen. Man betrachte die Rolle der USA global, die der Bundesrepublik europäisch. Die USA sind nicht zufällig und nicht ohne massive weltökonomische Effekte die dominierende Militärmacht schlechthin. In diesem Zusammenhang wird auch der einseitige Verfügungsanspruch über die Atombombe durchaus problematisch, so wenig ich der „Proliferation“ das Wort reden will (Teeples 1995; vor allem Murray 1997);
- die Behauptung der „grenzenlosen Welt“ (*K. Ohmae*), einer Welt, die doch mehr als je durch neu alte Grenzen bestimmt ist. Die Grenzen mißachten allerdings die nationalstaatlich gezogenen nicht selten; sie ergeben eine neue Landkarte der sich vielfach überschneidenden Ungleichheiten wie eine Art globalen Neofeudalismus. Weil die Skala der Verlierer, der Viertels-, der Halb- und

der Ganz-Verlierer zunimmt, wachsen teils regional, teils nationalstaatlich konzentriert auch die potentiellen Aggressionen. Eine lustvolle Perspektive für Kriege aller Art: von genozidalen Bürgerkriegen bis hin zu Interventionskriegen, UNO-ummantelt im Interesse der „nördlichen“ Nationalstaaten und ihrer regionalen Zentren;

- die Behauptung auf einer anderen Ebene – ich greife nur diese exemplarisch heraus –, die Lohnkosten in Ländern wie der Bundesrepublik spielten beim Investitions- bzw. Nichtinvestitionsverhalten der Multis eine entscheidende Rolle. Diese Behauptung ist wie so viele ähnliche Behauptungen dazu angetan, sozialstaatliche Sicherungen zu deregulieren, um so den nationalen Boden kapitalgeneigt zu trimmen (selbstverständlich verbunden mit der anderen höchst fragwürdigen Behauptung, nur über solches einseitig motiviertes Wachstum nähmen die Beschäftigungschancen wieder zu. Wenn schon nicht für die Väter- und Mütter-, so doch für die Enkel- oder Urenkelgeneration).

(3) Weniger Sachzwang als Gleichschaltung Weltmarkt.

Der konkurrenzgewebte und -entwebte kapitalistische Markt ist darum mit seiner Logik so wirksam, weil er von einer Fülle sozialer Bedingungen abstrahiert. „Abstrahere“ meint im Lateinischen absehen von etwas, auch: berauben. Für den kapitalistischen Markt wird beispielsweise von allen anderen Interessen/Bedürfnissen abgesehen, außer dem Erwerbs-Besitz-Macht-Erwerbs-Besitz-Macht-Interesse. Beraubt werden alle anderen Bereiche wie Arbeit oder Wohnen oder kulturelle Äußerungen oder neuerdings selbst politisch-staatliche Kernbereiche ihres Eigensinns. Sie werden mehr oder minder sublim (zwangs-)vermarktet. Das heißt, sie werden dem monetären Kalkül unterworfen. Dasselbe bildet ohnehin den Schlußstein marktförmiger Abstraktion und garantiert durch seinen alle Besonderheiten auffressenden Monismus dessen „Effizienz“, alle anderen Werte verrechenbar oder in monetäre Werte übersetzen zu können. Und sei die Folge solcher wertmäßigen Monetarisierung das, was *Peter Self* einmal angesichts der monetären Berechnungen von Freizeitwerten verglichen mit Verkehrswerten u.ä.m. mit einem Ausdruck *J. Bentham's* versah: nonsens on stilts – Unsinn auf Stelzen. Nicht monetarisierbare Werte entfallen ohnehin. Gesellschaftliche Anerkennung erfolgt über Einkommens- und Gehaltsdifferenzen (wissenschaftliche über die monetäre Ausstattung von Forschungsprojekten).

Das, was schon für die nationalstaatsgroßen Märkte zutrifft, gilt ungleich mehr für den globalen Markt. Seine Abstraktionskraft und sein Raub von Besonderheiten, wenn nicht sein Abstraktionsterror, wachsen ins globale. Da werden Länder unvorbereitet brüsk dem Weltmarkt geöffnet; das heißt in der Regel mächtigen Unternehmen aus mächtigen Ländern.

Die Wachstumsraten, über die vielleicht nach Jahren berichtet werden kann, verbergen meist horrende Ungleichheiten und Zerstörungen bei weitem nicht nur repressiver Traditionen. Oft reden sich die Marktmodernisierer darauf hinaus, mit der schnellen „Transformation“ habe es nur deshalb nicht geklappt, weil die betreffenden Länder und ihre etablierten Schichten korrupt seien. Der Vorwurf mag zutreffen. Indes, die Art der Politik der ausländischen Unternehmen und der an den FDI's beteiligten ausländischen Staaten hat die inneren Ungleichheiten verstärkt und die Korruption desaströsen Ausmaßes oft erst möglich gemacht. Der Mord an *Ken Saro-Wiwa* 1995 als globales Symptom. Die meisten, nur in wenigen Statistiken auftauchenden Fluchtbewegungen – wobei zwischen Arbeitsmigration und Flucht meist nicht trennscharf geschieden werden kann – ereignen sich in Ländern oder Länderkomplexen, die gerade marktförmig zugerichtet werden. Mit dem ehemaligen Bundeskanzler *Kiesinger* gesprochen: „Ich sage nur China, China!“ Erneut gilt: jahrtausendealte Traditionen gehen geradezu marktschlagartig kaputt, eine oder zwei Generationen von Menschen werden auf dem Altar des prekären Marktfortschritts geopfert. „In the long run, we are all dead.“

Die Gleichschaltung durch einen hochabstrakten Wert und einen ihm entsprechenden Marktmechanismus wird durch die verschärfte Konkurrenz beschleunigt. Längst moderne Formen werden derselben unterworfen. Gegenwärtig beispielsweise auch die akzeptablen Seiten des sog. Sozialstaats (dessen strikt bürokratische Formen waren längst reformüberfällig; sie werden jedoch nicht verändert; das, was sich „Deregulierung“ nennt, erfolgt ohnehin in massiv bürokratischen Formen). Also mäht die Sense des globalen Markts auf der einen Seite zivilisatorische Erungenschaften und Besonderheiten ab, während auf der anderen Seite alle möglichen ethnozentrischen Disteln hochschießen, weil dringlichen sozialen Bedürfnissen nicht anders genügt wird.

(4) Zur „Markt“-Ideologie gehört die Behauptung, „Marktwirtschaft und Demokratie“ seien sich wechselseitig fördernde Zwillingerscheinungen.

Diese Annahme war und ist immer nur möglich, solange von den vielfältig autoritären, ja diktatorischen politischen Symbiosen des Kapitalismus in all seinen Phasen bis heute geschwiegen wird. Diese Annahme setzt zugleich ein überaus beschränktes Konzept von Demokratie und von Menschenrechten voraus. Demokratie wird als periodisch angesetzte Elitezirkulation verstanden, als Vefahren, das Herrschaft auf Zeit garantiert. Demokratie wird entsprechend als oligopolistischer Markt behandelt. Im politischen Wahlmarkt stellen sich die parteilichen Oligopole den Wählerkonsumenten ab und an zur Wahl. Menschenrechte kommen allenfalls in der Version des 18. Jahrhunderts vor: als individuelle Abwehrechte. Dieser

Vorstellung lag seinerzeit die klassenbürgerliche Prämisse zugrunde, Freiheit, als Wirtschaftsfreiheit vor allem verstanden, als Freiheit der Konkurrenzstärkeren, als das, was *Isaiah Berlin* „negative Freiheit“ nennt, sei nur mit und für das Eigentum denkbar.

Das vertrackte Thema Kapitalismus, sein Marktmechanismus, Demokratie und Menschenrechte, ist an dieser Stelle nicht einmal „an“-zuloten (vgl. Komitee für Grundrechte und Demokratie 1997). Nur so viel sei gesagt, daß der allemal prekäre und bestenfalls ambivalente Zusammenhang angesichts der Globalisierung noch loser, ja noch spannungs- und widerspruchsvoller geworden ist. Demokratie und Menschenrechte sind nicht nur noch mehr in Gefahr als zuvor, ihre notwendigen sozialen Voraussetzungen zu verlieren, also sozial ortlos zu werden, zu Utopien, wenn nicht Illusionen. Die Menschenrechte, die immer zugleich als soziale Rechte zu verstehenden sind, drohen flexibel und mobil substanzlos zu werden. Demokratie aber, die in ihrer liberal verfaßten Form heute ohnehin an partizipatorischer Anämie und Atrophie leidet, bleibt als ein „Hauch von Demokratie“, als überbürgerliches symbolisches Verfahren zurück, während in Brüssel oder in Genf, in Washington oder in Tokio oder vom „Markt“-Mechanismus immer schon „entschieden“ ist. Das notorische Demokratiedefizit der europäischen „Einigung“ und das Vertrauen auf die „politische“ Dynamik des Euro sind sprechende Symptome.

(5) Weltmarkt der Lemminge.

Wer entscheidet? Niemand. Wer verantwortet? Niemand. Wer kontrolliert? Niemand. Oder doch? Ein „System“, „Systeme“, Mechanismen, die sog. tausend- oder millionenfältigen „Spontaneitäten des Marktes“ (*Rektenwald*)?

Zur unvollständigen Reihe der oben aufgezählten Fiktionen gehört das, was die „kommunistische Fiktion des Marktes“ genannt worden ist. Zwar hebt es marktoffen und marktgleich liberal und neoliberal individualistisch an: die angebliche, tatsächlich jedoch hochgradig vermachtete und reichlich eindimensional ausgerichtete Myriade konkurrierender Interessen. „Der Mensch will Eintracht. Die Natur weiß es besser, sie sät Zwietracht“, formuliert *Kant*. Und also entsteht aus der „ungeselligen Geselligkeit“ der große Fortschrittspropeller. Der abstrakt kollektive Marktkonkurrenz-Transformator und -Purgator sorgt dafür, daß Eigeninteresse in kollektive Güter verwandelt und Konkurrenz zum wohlgefällig wachsenden Gemeinwohlkommunismus (pardon für diese Tautologie) aller werde. Die „Realsozialisten“ haben ihn nur falsch angestrebt, nämlich von Anfang an. Das Ziel teil(t)en sie mit den Marktfrommen. Während die „Realsozialisten“ ihr Ziel einer terroristischen Bürokratie opferten, überlassen die Neoliberalen ihr Ziel, so sie nicht nur ihrem eigenen privilegierten Ha-

bens- und Herrschaftsinteresse fröhnen, einem Glauben an die Metaphysik des Marktes.

Wer sich zu diesem Glauben nicht bekehren will, wer den Blick von Geschichte und Gegenwart der „externen Effekte“, der vom Markt Ausgefällten und der Marktopfer nicht abwenden mag, der kann nicht umhin, die Verfassungsfrage im Zeichen der Globalisierung dringlicher denn je neu zu stellen. Verfassungsfrage, das heißt in diesem Kontext vor allem die Frage, wie und zu welchem Ende Politik und Ökonomie, politische Ökonomie und ökonomische Politik organisiert werden sollen, können, müssen.

Es wird in letzter Zeit des öfteren davon gesprochen, angesichts der strukturellen Arbeitslosigkeit und ähnlicher Erscheinungen sei es vonnöten, einen neuen „Gesellschaftsvertrag“ zu schließen. Was aber meint man damit? Die Fiktion eines Gesellschaftsvertrags, mit der die Liberalen die Moderne anhoben, war von Anfang an seltsam pervers. Diese Fiktion ist allerdings in den rechtlichen Vertragsfiguren, wie sie an erster Stelle dem BGB zugrundeliegen, höchst wirksam geworden. „Gesellschaftsvertrag“, das hieß nämlich genauer Staatsvertrag. Mit guten Gründen mißtrauisch gegenüber (politischen) Machtakkumulationen – daher die institutionell geniale Erfindung der leider bis heute höchst beschränkten Gewaltenteilung – wurde der Staat, als die Einheit von Politik, in Form von Funktions- und Grenzbestimmungen verfaßt. Dieser Konzeption entsprach das, was man im Deutschen den Rechtsstaat nennt und entsprachen die Menschenrechte als individuelle Abwehrrechte. Dem (berechtigten) Mißtrauen gegenüber einer als irrational unterstellten Politik korrespondierte das (nicht berechnete) Vertrauen in die deshalb nicht verfaßte Ökonomie.

Unbeschadet aller Verrechtlichungen seit dem 17./18. Jahrhundert hat sich diese seltsame Kombination von Verfassung und Nichtverfassung, von Mißtrauen und Vertrauen, von Macht- und Aggressionsannahme einerseits und Machtfreiheits- und Friedlichkeitshypothese andererseits bis heute nicht systematisch verändert. Auch das, was man allzu vollmundig den Sozialstaat genannt hat, bedeutete nur eine Modifikation im ungleichen Zusammenhang und Zusammenspiel von Ökonomie und Politik. Letztere kam zuerst und hatte den ersten Platz inne. Staatliche Politik wurde liberal allemal subsidiär und i. S. essentieller Grenzziehungen vor allem mit Hilfe des Gewalt- und des ihm verschwisterten Rechtsmopolns begriffen.

Wenn heute vernünftigerweise von einem neuen „Gesellschaftsvertrag“ die Rede sein sollte, dann müßte dieser „Vertrag“ beide Teile, nämlich staatliche Politik und Ökonomie gleichermaßen umfassen. Der liberaldemokratische Verfassungsstaat müßte, wollte er seinen Zielen auch nur in etwa entsprechen, längst neu verfaßt werden – deshalb ist das bundes-

deutsche Versäumnis einer Reform des Grundgesetzes 1994, die diesen Namen verdiente, so schlimm; deshalb ist der schon konzeptionelle Mangel in Sachen EU so bedrückend. Eine solche gründliche Reform i. S. einer durchgehenden Reorganisation wäre indes unzureichend, überließe man „die“ Ökonomie, dicht verrechtlicht, jedoch politisch unverfaßt, der einseitigen und bürokratisierten „Marktfreiheit“. So letztere je eine war, ist sie eine solche nur noch i. S. der Freiheit von mächtigen, vom Weltmarkt abhängigen Unternehmen, immense Kosten kostenlos zu erzeugen. So „Freiheit“ durch den Marktmechanismus je garantiert worden ist, garantiert sie heute den weltweiten Zug der Lemminge – mit unabsehbaren Folgen wachsender Aggressivität.

3. (Welt-)Markt ohne Alternative? Gibt es ein Leben jenseits des Markts?

(1) Wie die beiden Teile zuvor gezeigt haben, ist mitnichten schlüssig und eindeutig, wie die Erfordernisse des „Markts“, die alle anderen gesellschaftspolitischen Aspekte dominieren, zu interpretieren sind. In diesem Sinne gibt es eine Fülle von Möglichkeiten, die gegenwärtig von den etablierten Parteien und den meisten großen Gruppen nicht genutzt werden, wichtige politisch-ökonomische Modifikationen herrschender Politik und vor allem herrschender Nicht- oder Pseudo-Politik zu bewirken. Solche Modifikationen können verfahrensbezogen sein und beispielsweise darauf ausgehen, den „repräsentativen Absolutismus“ in der Bundesrepublik und den exekutivisch-bürokratischen in Europa einzuschränken und demokratisch zu ergänzen. Solche Modifikationen können alle innenpolitischen Themen betreffen, nicht zuletzt der Sozialpolitik gelten und sich gegen die verstärkte Privilegierung der ohnehin Privilegierten kehren, die neue Klassenspaltung zwischen Arm und Reich. Solche politisch zu bewirkenden kleinen, aber wichtigen Änderungen könnten sich auf die Wirtschaftspolitik beziehen, beispielsweise die Umweltauflagen verstärken, die Energiepolitik umakzentuieren u.v.m.

„Kleine“ Änderungen dieser Art können erheblichen Aufwand lohnen. Sie gefährdeten trotz allem erwartbaren propagandistischen medienwirksamen Gebrüll beispielsweise „Deutschlands Weltmarktstellung“ in keiner Weise. Selbst solche vergleichsweise kleinen Änderungen bedürften jedoch in der Regel, auch damit sie fortwirkten, eines erheblichen politisch mobilisierenden Aufwands. Dieser Aufwand ist vor allem deshalb geboten, weil kleine Reformen sonst die etablierte bürokratisch-marktförmige Stellvertreter-„Politik“ beförderten. Die Gefahr ist an Reformvorschlägen erkenntlich, die substantiell akzeptable Ziele verfolgen, die jedoch darauf aus sind, sie mit einer Art legislativem, administrativen oder gar technischen „Trick“ umzusetzen.

Am Beispiel mancher ökologischer Rezepte lassen sich solche für Bewußtsein und Habitus folgenlose und dementsprechend unpolitische Reformen belegen. Letztere wirken bestenfalls „ökokratisch“. Viele der Pläne in Sachen einer ökologischen Steuerreform u.ä.m. sind in eine solche eher ökokratische Schublade abzulegen. Sie wollen nötige Reformschritte erschleichen, indem sie keine politisch-ökonomischen Verfahrensänderungen verlangen und das Verhalten der Bürger nur durch punktuell veränderte Gegebenheiten ohne Bewußtseinswandel umzuakzentuieren suchen. Ein solcher, deshalb meist an Regierungen und Parteiobere gerichtete „Objektivismus“ versäumt das Minimum Morale jeder nötigen Reform: daß der Chance nach ein kleiner politisch-demokratischer Ruck erzeugt werde.

(2) Neuerdings werden die „Grenzen des Wettbewerbs“ häufiger zum Thema. „Die Gruppe Lissabon“ hat ihnen ein weit ausholendes bis zu einer „globalen Bürgerversammlung“ reichendes buchdickes Memorandum gewidmet. Anders hat schon zuvor der *Brundtland*-Bericht angesetzt und das neue reformerische Allgemeinwort „sustainable development“ („nachhaltiges Wachstum“) erfunden. Wieder sehr anders mahnen in der Zwischenzeit jedenfalls (westliche) welt-weit die „Kommunitaristen“, die zunächst in den USA entsprungen sind. In all diesen und anderen Aufrufen und Begriffen wird triftige Kritik am „exzessiven Wettbewerb“ geübt (Lissabon 1997, S. 22 und S. 144, Überblick „Die negativen Effekte des exzessiven Wettbewerbs“).

So verschieden die Kritiker und Mahner im einzelnen vorgehen und folgern, alle diese Berichte und „Bewegungen“ (als eine solche versteht sich z. T. der Kommunitarismus) – zu denen neuerdings die Stellungnahme der beiden christlichen Kirchen in der Bundesrepublik zur „politisch ökonomischen Lage“ zählt –, leiden an einem zusammenhängenden doppelten Defizit. Zuerst an einem analytischen. Pauschal gesagt: die Kapitalanalyse fehlt nahezu vollkommen; von einer Staatsanalyse ist überhaupt nicht die Rede. Beide Analysen wären jedoch angesichts der allseits apostrophierten globalen Probleme und von Problemen, die aus der Globalisierung folgen, notwendig. Auf diese Weise wird die nicht einfach veränderbare oder mit einigen wohlgefälligen Zusätzen und Reformknötchen versehbare Logik der globalen Marktvergesellschaftung und werden ihre organisatorischen Formen verfehlt. Man setzt an Folgen an, nicht am „Herz der Institutionen“, an den politischen und ökonomischen Produktionsformen.

Die analytische Schwäche, deren Motive hier außer Acht bleiben sollen, wird von der programmatischen fortgesetzt. Die Reformvorschläge setzen nicht an den analytisch erkannten Gelenkstellen und Motoren der Marktvergesellschaftung an, schon gar nicht am nur postulativ adressierten Staat. Die Reformvor-

schläge bleiben darüberhinaus in dem am dürftigsten, was am meisten zählte: an institutionellen Vorstellungen, an Vorstellungen über die Art und Weise, wie Bewußtsein und Verhalten der Menschen, die man doch meint, reformgerichtet verändert werden könnten. Dadurch erhalten die angeritzten Reformbegriffe ihren gutartig betulichen Charakter. Sie liefern Stoff für gewichtige Festreden – und sonst fast nichts. Der Aufklärung dienen sie kaum. Eine Formel wie die des „nachhaltigen Wachstums“ verführt eher zu falscher Hofferei. Es wird so getan, als könne man Wachstum mehr oder minder weiter so haben, mit denselben politisch-ökonomisch-kulturellen Produktionsformen, und müsse nur zum Zwecke der ökologischen Folgen den Autofahrgürtel ein wenig enger schnallen, mehr Energie sparen, müsse dafür sorgen, daß die Habens- und Herrschensländer die ohnehin dauernd unterschrittenen 0,7 Prozent des BSP für „Entwicklungshilfe“ ausgaben u.ä.m.

(3) Anders setzen Reformvorschläge an, die darauf aus sind, die soziale Komposition der Organisation der Unternehmen zu ändern und z. T. darüber hinaus auch makroökonomische Verfahrensweisen durch andere Kreditvergaben beeinflussen wollen.

Ich kann solche Vorschläge an dieser Stelle nicht angemessen erörtern. Ich müßte sie zuerst vorstellen, bevor ich meine Kritik unter ausgewiesenen Kriterien leiste. Vorschläge, die ich hier meine, setzen mit unterschiedlichen Akzenten darauf, die Mitbestimmung der Arbeiterinnen und Arbeiter beträchtlich auszuweiten, „marktsozialistisch“ neue unternehmerische Kooperative zu schaffen, die liberalkapitalistische Scheidung von politisch öffentlich und privat-ökonomisch zu durchkreuzen u.a.m.

Nur drei all diesen Vorstellungen gegenüber geltende Einwände will ich äußern (Miller 1990). Zum ersten und wichtigsten: Diese Vorstellungen versuchen nur die soziale „Basis“ kapitalistischer Organisation zu verbreitern und unternehmensdemokratisch zu verfahren. Sie halten die Konkurrenz- und Profitlogik aufrecht; sie halten am kapitalistischen Interessen- und Rationalitätskalkül fest. Insofern handelt es sich um einen „Sozialismus“, der ein Anhängsel der „Markt“-Logik bleibt. Zum zweiten: die Wirtschaftsform wird nur in ihrer sozialen Komposition, nicht in ihrer institutionell vorgegebenen Funktion, kritisiert. Vor allem aber: der als „marktsozialistischer“ Helfer verlangte Staat wird seinerseits mit keiner Reformidee bedacht. In dieser Hinsicht wiederholen die neuen Reformer den Fehler der „alten“ Sozialdemokratie und der Gewerkschaften mitsamt vieler ihrer Theoretiker. Zum dritten: die neue Qualität der Globalisierung wird unterschlagen. Die aus dieser neuen Qualität erwachsenden Schwierigkeiten werden deshalb nicht aufgeworfen und entsprechend zu beantworten gesucht.

(4) Wird die globale kapitalistische Konkurrenzökonomie als „System“, wie ich überzeugt bin, erst angemessen begriffen, werden deren unvermeidliche, also intrinsisch negativen Effekte größer eingeschätzt als ihre gesellschaftlich insgesamt positiven, dann muß an Vorstellungen und Konzepten gearbeitet werden, die sich u. a. folgenden Aufgaben vor dem Hintergrund einer noch nicht geleisteten verbesserten Gesamtanalyse stellen (für letztere müßten sich endlich etliche Kritiker zusammentun, statt dem akademischen Narzißmus der Einzelpublikationen zu folgen):

Zum ersten: Vonnöten ist eine neue *politische* Ökonomie. Sie hat selbstredend nichts mit der sog. Neuen politischen Ökonomie seit den 70er Jahren zu tun. Letztere besteht darin, daß sie alle anderen gesellschaftlichen Bereiche, voran staatliche Politik, unter der Perspektive der Marktlogik untersucht. Eine von mir gemeinte neue, emphatisch politische Ökonomie bedeutete – darauf deutet auch das Bürgerin-Motto –, daß die Marktmechanik Teil einer Gesellschaft und ihrer Politik würde und nicht umgekehrt.

Zum zweiten: Um eine solche neue politische Ökonomie zu vermögen, ist ebenso eine andere politische Produktionsform wie eine andere ökonomische Produktionsform erforderlich. Daß die ökonomischen Ziele und damit die Hauptfunktionen politisch gesetzt werden müssen, ergibt sich aus der ersten Aufgabe. Eine neue politische Form – das meint, den Versuch einer radikalen Demokratie in komplexen miteinander weltweit verfügbaren Großgesellschaften. Demokratie dieser Art wäre nicht auf einen Bereich beschränkt. Um die politische Produktivkraft Partizipation – die zwischenzeitlich betrieblich mehr erkannt worden ist als liberaldemokratisch staatlich – zu nutzen und demokratisches Bewußtsein und einen entsprechenden Habitus einzuüben, sind ein hohes Maß an Dezentralisierung und Teilautonomisierung gesellschaftlicher Bereiche à la Bildung, Gesundheit u.ä.m. erforderlich.

Zum dritten: Ausschlaggebend ist, ob es gelingt, das schmalbrüstige Interessenkalkül der Marktlogik, wenn nicht restlos zu überwinden, so doch in einem umfassenderen politisch-gesellschaftlichen Interesse aufzuheben, so daß es nur Teilaufgaben dient. Diese Aufgabe verlangte vorwärtsgerichtet, daß herkömmliche staatliche Politik endlich ihre neben ihrem Gewaltmonopol vornehmste Ressource politisch eigensinnig nutzte: die Ressource allgemeine, bevölkerungsweite Legitimation nämlich. So lange Bürgerinnen und Bürger nur als das bekannte Stimmvieh ernst genommen werden, so lange die verfassungsnormativ behaupteten Demokratien weithin ohne eine aktive Bürgerschaft auskommen, so lange den Bürgerinnen und Bürgern nichts zugemutet werden kann, weil sie nichts verstehen und allenfalls mit dem „permanenten Appell an den inneren Schweinehund“ (*Kurt Schumacher*), genannt Interesse, scheuklappig mobilisiert

wird, muß man alle erheblichen Reformhoffnungen fahren lassen. Eine Chance besteht nur, wenn der kapitalistisch etatistische Disziplinierungsprozeß habhaft umgepolt werden kann. Darum ist es entscheidend wichtig, Politik zu lernen; nicht zu reden von Aristoteles mehr denn je triftiger Annahme, daß Menschen ihre Möglichkeiten erst gesellschaftlich handelnd inmitten einer entsprechenden Handlungsgesellschaft erreichen können.

Zum vierten: Ich will, in dieser schon länglich geratenen schriftlichen Fassung eines Vortrags, nicht daran gehen, die hier und heute schon benennbaren institutionellen Elemente veränderter Politik und Ökonomie zu skizzieren. So wie gegenwärtige Politik schlechterdings überfordert der Dezentralisierung und auch der marktförmigen Elemente bedürfte, so müßten ökonomische Institutionen und ihre Funktionen wenigstens rahmenförmig politisch gefaßt werden. Ich verzichte gleichfalls darauf, all die etablierten, mit dem globalen Totschläger aller Reformen arbeitenden Widerstände auch nur zu nennen. Mir kommt es am Schluß der Frage „Markt über alles?“ nur auf ein Doppeltes an: Darauf, klar zu machen, daß es radikaler Reformen bedarf, will man sich und andere demokratisch und menschenrechtlich Gesinnte nicht täuschen. Und darauf: zu unterstreichen, wie wichtig einerseits eine nüchterne, nicht hofferisch beeinträchtigte Analyse ist, indes ebenso eine erfahrungsgesättigte utopische Konzeption. Letztere ist nicht nur dazu da, wenigstens einen Fuß in die Sachzwangstür ohne Alternative zu stellen. Sie ist für erwartbare Krisenzeiten entscheidend wichtig. Daß gegen alle Arten populistisch fremdenfeindlich gerichteter „Lösungen“ – und Fremdenfeindlichkeit ist im Marktkalkül mitprogrammiert, der andere als existentieller Konkurrent – eine demokratisch menschenrechtlich gangbarer Weg jedenfalls konzeptionell vorliegt.

Freilich: ebenso wenig wie Marktentwicklungen und ihre möglichen Krisen übermorgen vorausgesagt werden können, ebenso wenig kann und darf man Reformpläne verfertigen, als müßten sie nur aus der Tasche gezogen und erneut in angewandter Abstraktion umgesetzt werden. Des Terrorismus in diesem „Jahrhundert der Extreme“ (*Eric Hobsbawm*) ist genug. Darum müssen auch die besten Konzepte exper-

rimentoffen erprobt werden. Und die größte Gefahr heute scheint mir darin zu bestehen, daß selbst noch die kleinsten Reformen „marktsystematisch“, marktherrschaftlich verhindert werden. Dagegen hilft nur der dauernde Mut, sich der politisch mobilisierenden Aufklärung zu bedienen.

Ausgewählte Literatur

Ich habe bewußt auf Belege und Anmerkungen verzichtet. Sonst wäre dieser länglich geratene Vortrag zum Buch geraten. Daß „die“ Klassiker von Alexis de Tocqueville über Karl Marx bis Max Weber meinen argumentativen Rücken stärken, indem ich ihre kritisch bedachten Argumente ihrerseits kritisch auf die heutige Zeit, eine andere und ähnliche zugleich, übertrage, versteht sich. Nur wenige, im Text rar erwähnten Belegbücher, die weiterführen, werden im folgenden aufgelistet. Und ein Beleg für die intellektuellen Grenzen der „Marktlogik“ am Schluß.

- Albert, Hans (1967), Marktsoziologie und Entscheidungslogik, Neuwied und Berlin.
- Altwater, Elmar (1987), Sachzwang Weltmarkt, Münster.
- Altwater, Elmar, Mahnkopf, Birgit (1997), Münster.
- Bürjgin, Alfred (1993), Zur Soziogenese der Politischen Ökonomie. Wirtschaftsgeschichtliche und Dogmengeschichtliche Betrachtungen, Marburg/Lahn.
- Die Gruppe von Lissabon (1997), Grenzen des Wettbewerbs. Die Globalisierung der Wirtschaft und die Zukunft der Menschheit, München.
- Hirsch, Joachim (1995), Der nationale Wettbewerbsstaat, Frankfurt/M.
- Hirschman, Albert O. (1984), Leidenschaften und Interessen. Politische Begründungen des Kapitalismus vor seinem Sieg, Frankfurt/M.
- Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hrsg.) (1997), Menschenrechte und globaler Kapitalismus. Dokumentation der Arnoldshainer Tagung, Sensbachtal.
- MacPherson, C. B. (1976), Die Theorie des Besitzindividualismus, Frankfurt/M.
- Miller, David (1990), Market, State, and Community,
- Murray, Andrew (1997), Flashpoint: World War III, London und Chicago, IL.
- Narr, Wolf-Dieter, Schubert, Alexander (1997), Weltökonomie. Die Misere der Politik, Frankfurt/M. 3. Aufl.
- Polanyi, Karl (1957), The Great Transformation. The political and economic origins of our time, Boston (eine deutsche Übersetzung liegt in suhrkamp taschenbuch wissenschaft unter dem gleichen Haupttitel vor).
- Teeple, Gary (1995) Globalization and the Decline of Social Reform, New Jersey und Toronto.
- von Weizsäcker, Carl Christian (1996), Die offene Gesellschaft und ihr Arbeitsmarkt. Die wesentlichen Gründe für die anhaltende hohe Arbeitslosigkeit liegen in der Abweichung vom Leitbild des Wettbewerbs (in: FAZ vom 16. 11. 1996).